Tilman Kuban
Mitglied des Deutschen Bundestages

Tilman Kuban MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages
Frau Bärbel Bas MdB

Berlin, den 18. März 2025

**Persönliche Erklärung nach § 31 GO-BT**

**Zum Abstimmungsverhalten am 18. März 2025 zu Tagesordnungspunkt 1 zum von den Fraktionen der SPD und CDU/CSU eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes sowie zu Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)**

**Drucksache 20/15096**
**Drucksache 20/15117 Buchstabe a**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

meine Zustimmung zur Änderung des Grundgesetzes ist mir wahrlich nicht leicht gefallen. Hinter mir liegen Tage des innerlichen Ringens über mein persönliches Verhalten bei der heute durchgeführten Abstimmung. Inhaltlich halte ich die beschlossene Grundgesetzänderung bis auf die Neuregelung des Art. 109 Abs. 3 i.V.m. Art. 115 Abs. 2 GG (Finanzierung der Bundeswehr/Herstellung von Verteidigungsfähigkeit) für falsch.

Für mich gilt es allerdings, eine Abwägungsentscheidung zu treffen. Ich habe erhebliche inhaltliche Bedenken. Nichtsdestotrotz weiß ich, wenn ich der Grundgesetzänderung nicht zustimme, wird unser Land in eine schwere Staatskrise stürzen. Die Folgen wären ein führungsloses Deutschland in einer geostrategisch angespannten Lage, verrücktspielende Finanzmärkte und sehr wahrscheinliche Neuwahlen mit einem weiteren Erstarken der Rechts- und Linkspopulisten, so dass dann wohl nur noch eine Kenia-Koalition (Union, SPD, Grüne) möglich wäre. Dies bringt mich zu dem Ergebnis, der Grundgesetzänderung zu zustimmen.

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin · Telefon (030) 227-72993 · E-Mail: tilman.kuban@bundestag.de

Ich möchte meine inhaltlichen Bedenken kurz erläutern:

**Klimaneutralität 2045: Kein Staatsziel, aber ein Problem**

Mit diesem Gesetz wird die Klimaneutralität nicht zur Staatszielbestimmung im Grundgesetz, aber es droht ein verschärftes Klimaschutzurteil 2.0. Wir haben im Jahr 2021 gesehen, wie das Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem Staatsziel Umweltschutz aus Art. 20a GG (im GG seit 1994) zusammen mit den Verpflichtungen aus internationalen Verträgen (Pariser Abkommen) einen staatlichen Auftrag zum „Klimaschutz" abgeleitet hat. Wenn wir also in 5-10 Jahren feststellen, dass die Klimaneutralität 2045 nicht erreicht werden kann - was heute schon viele prognostizieren - dann geben wir mit der nun erfolgten Konkretisierung der Klimaneutralität bis 2045 den potenziellen Klägern zumindest ein gutes juristisches Argument an die Hand.

**Investitionen in Deutschland**

Unser Ziel ist es, die ausländischen Investitionen in Deutschland zu erhöhen und den Nettoabfluss von 2 Milliarden Euro pro Woche zu stoppen. Dies wird allerdings mit einer ungeklärten Rechtslage noch schwieriger werden. Kein Unternehmen kann guten Gewissens in eine Anlage investieren, die 2045 auch nur wenige Restemissionen hat. Dies wird kein Aufsichtsrat oder Wirtschaftsprüfer empfehlen. Es gilt also, für uns jetzt die Speicherung von CO2 (CCS) und andere Verrechnungsformen, wie die internationalen Kooperationen gemäß Art. 6 des Pariser Abkommens, schnellstmöglich zuzulassen.

**Finanzmarktstabilität in Gefahr**

Die geplante Ausweitung der Staatsverschuldung birgt erhebliche Risiken für die Stabilität der Finanzmärkte in Deutschland und Europa. Dies zeigte sich bereits unmittelbar nach der Ankündigung des Pakets, als am 5. März 2025 die Renditen deutscher Staatsanleihen sprunghaft um 29 Basispunkte auf 2,75 % anstiegen – der höchste Anstieg seit 1990. Da europäische Anleiherenditen eng miteinander verbunden sind, trifft dies insbesondere höher verschuldete Staaten wie Italien, Frankreich und Spanien. Sollte Deutschland als Stabilitätsanker Europas seine haushaltspolitische Disziplin verlieren, könnte dies mittelfristig die Finanzmärkte destabilisieren und eine neue europäische Schuldenkrise auslösen. Es ist also unsere Aufgabe, jetzt sofort und unmittelbar auch Strukturreformen beim Sozialstaat, Migration und einen massiven Bürokratierückbau folgen zu lassen, um eine Krise in Europa und eine steigende Inflation zu verhindern.

Es wird eine große Aufgabe, das derzeit verloren Vertrauen in die politische Mitte wieder zu stärken, aber ich will unser Land nicht den Angstmachern von rechts und links überlassen. Dafür werde ich die nächsten vier Jahre hart arbeiten und in diesem Bundestag werben.

Mit freundlichen Grüßen